

Nützliche Nachrichten 2/2006

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: Newroz, 21.03.2006

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

EU darf den couragierten Staatsanwalt in Van nicht allein lassen!

Von Mehmet Sahin

Am 9. November vergangenen Jahres ging eine Handgranate in einem Buchladen in der kurdischen Stadt Semdinli hoch. Durch die Explosion wurde ein Mann getötet und sechs weitere verletzt. Die Hintermänner und die Akteure haben damals nicht damit gerechnet, dass diese Handgranate auch die Fundamente des türkischen Staatsgefüges erschüttern könnte. Genau dies geschieht derzeit in der Türkei.

Die Staatsanwaltschaft in Van hat die Täter, die Unteroffiziere Ali Kaya und Özcan Ildeniz, sowie den Überläufer Veysel Ates im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag gegen den Buchladen Umut (Hoffnung), bei dem eine Person ums Leben kam, angeklagt.

Am Tatort wurden die genannten drei Agenten des Gendarmerie-Geheimdienstes verhaftet, die in ihrem Auto Material zum Bombenbau, Namenslisten und Lagepläne der Wohn- und Geschäftshäuser kritischer Kurden, Handgranaten und Kalaschnikovs aus NVA-Beständen - ein Geschenk der Bundesrepublik an die Türkei in 250.000er Auflage - transportierten. Den Angeklagten werden Vergehen nach verschiedenen Vorschriften des Strafgesetzes zur Last gelegt. Dazu gehören u.a. der Versuch, einen Teil des Staates gewaltsam abzutrennen, sowie Mord und Körperverletzung. Die Anklageschrift erwähnt 18 Bombenattentate in der Region seit August 2005. (s. NN 1/2006)

Laut Anklageschrift seien sie so etwas wie extralegale "Todesschwadronen" der Sicherheitskräfte im Kampf gegen die PKK gewesen. Der Staatsanwalt Ferhat Sarikaya aus Van verdächtigte in der Anklageschrift auch General Yasar Büyükanit, erstens die Justiz beeinflussen zu wollen und zweitens konspiriert zu haben, um den EU-Beitritt des Landes zu verhindern. Nach der Anklageschrift habe er außerrechtliche Angriffe gegen kurdische Ziele geplant, um Konflikte in der

Region zu schüren. Die wiederum sollten nationalistische Ressentiments in der Türkei stärken, was wiederum zu negativen Reaktionen der EU führen würde. Nachdem die Anklage Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzungen wurde, herrscht Alarmzustand in der türkischen Politik. Egal was passieren wird, mit der Anklage gegen den mächtigen General ist das Ziel getroffen worden. Seither sind die Bombenanschläge und extralegale Hinrichtungen in den kurdischen Gebieten plötzlich zu Ende gegangen. Seither verbreitet sich Umut, d.h. Hoffnung in weiten Teilen der kurdisch-türkischen Gesellschaft.

General Büyükanit, der im Sommer den amtierenden Stabchef ablösen soll, anzugreifen, heißt die politische Macht des türkischen Militärs in Frage zu stellen - also jener Institution, die Innen- und Außenpolitik des Landes maßgeblich mitbestimmt und in deren Schatten bislang jede Regierung vorsichtig agieren muss. Büyükanit gilt als Hardliner innerhalb des Militärs und versteht sich als Hüter der Trennung von Kirche und Staat sowie des Kemalismus in der Türkei.

Nach dem türkischen Justizwesen dürfen Armeeangehörige nicht vor zivilen Gerichten angeklagt werden. Für die Eröffnung einer Untersuchung gegen Büyükanit ist die Zustimmung der Armeeführung erforderlich. Armeechef Hilmi Özkök startete sogleich eine Blitzvisite beim Premier Erdogan und auch bei Staatspräsident Sezer.

Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft in Van wurde vom Oppositionsführer Baykal, als „Coup gegen die Armee“ bezeichnet. Der Obergeneral Özkök schimpfte am 15. März in Hürriyet: „Wenn wir uns verteidigen, wird sogar die Börse darunter leiden“. Laut Hürriyet soll der General dem Premier gesagt haben, „schützt die Armee! Wir stehen entschlossen hinter Yasar Pascha“, gemeint ist der in Anklageschrift benannte General des Heeres.

Am 20. März 2006 erschien die türkische Tageszeitung Hürriyet mit dem Aufmacher „Die geheime Verfassung ist in Kraft getreten“. Diese Überschrift wurde mit einem Bild, in dessen Mitte der Staatspräsident, rechts die Armeeangehörige und links die Mitglieder der Exekutive, saßen, versehen. Durch diese „Geheime Verfassung“ werden an erster Stelle die Feinde der

Türkei definiert und die Leitlinien der Politik bestimmt, d.h. Auflagen und Vorgaben für die Regierung gemacht. Zu den Feinden der Türkei gehören die islamischen Kreise und die kurdische Bewegung. Die nationalistisch-faschistischen Kräfte bilden aus Sicht der Generäle demnach keine Gefahr für die Türkei.

Einen Tag später, am 21. März erschien die selbe Zeitung wiederum mit einer dicken Überschrift „Die geheimen (codierten) Chiffren der Armeebotschaft“. Diesmal war ein Ultimatum des Armeechefs Özkök an die Regierung Erdogans zu lesen. Mit ihm stellte sich die gesamte Armeeführung hinter den designierten zukünftigen Generalstabschef, Büyükanit. Die Generäle griffen den zuständigen Staatsanwalt scharf an und sagten, sie würden gegen ihn vorgehen. Nach eingehender Untersuchung sei entschieden worden, daß ein Verfahren gegen den derzeitigen Heereschef Yasar Büyükanit nicht notwendig sei. Der zuständige Staatsanwalt in Van habe „seine Befugnisse überschritten“. Die Ermittlungen seien „ohne jede Grundlage“ und „vorsätzlich“ geführt worden, um dem Ruf der türkischen Streitkräfte zu schaden. Die Armeeführung beschuldigt auch die Regierung, nicht genügend hinter der Armee gestanden zu haben.

So stellte sich Generalstabschef Özkök auf die Seite des Generals und widersprach damit seinen eigenen Versprechungen vom vergangenen Jahr, das Militär werde keinerlei Einfluß auf die Ermittlungen im Fall Semdinli nehmen. Bereits vom Innenministerium abgewiesen ist ein Antrag der Staatsanwaltschaft der Stadt Hakkari, im Fall Semdinli gegen den Gouverneur der Provinz, den Chef der Gendarmerie und den Landrat von Semdinli zu ermitteln.

Die Regierung, die nach den Vorfällen und Bombenanschlägen in Semdinli gesagt hatte, sie werde für die Aufklärung der Vorfälle alles unternehmen, ist nach dem Vormarsch der Armeeführung auf dem Rückzug. Das Justizministerium begann mit Ermittlungen gegen den Staatsanwalt Ferhat Sarikaya.

Die Anklageschrift des Staatsanwalts in Van ist das erste Exempel eines couragierten Menschen gegen die mächtigen Generäle in der Türkei.

Der Vorsitzende der Anwaltskammer Van Ayhan Cabuk sagte dagegen, Ermittlungen gegen den Staatsanwalt seien eine Form von Druck. Das Gericht könnte durch dieses Verhalten beeinflusst werden. Die Reaktionen auf die Anklageschrift könnten nicht akzeptiert und die Gerichtsbarkeit dürfe nicht auf diese Weise beschuldigt werden. Der Vorstand der Anwaltskammer Van werde Klage gegen Personen einleiten, die Äußerungen machen, die als Beeinflussung des Gerichts gewertet werden können. Das Verfahren gegen Ali Kaya, Özcan Ildeniz und Veysel Ates soll Berichten zufolge am 4. Mai an der 3. Kammer des Landgerichtes Van fortgesetzt werden.

Es ist bemerkenswert, dass die EU-Politiker zu dem Vorgehen der Armeeführung bis jetzt keinen Ton von sich gegeben haben. Wenn der Staatsanwalt von Van und viele mutige Journalisten und Kommentatoren jetzt mundtot gemacht werden, wird auch der EU-Annäherungsprozess der Türkei darunter leiden und der Krieg der türkischen Generäle gegen die Kurden ein noch blutigeres Maß annehmen. Um dies zu verhindern, müssen auch die Regierungen Europas sich zu Worte melden.

Wie dieser Fall verdeutlicht, hat die Türkei noch einen weiten Weg vor sich, um EU-kompatibel zu werden. Um dies zu erreichen, müssen die türkischen Politiker, egal welcher Couleur, Zivilcourage zeigen und willig sein, die Generäle in ihre Schranken zu weisen.

Ereignis-Kalender

Privatsender dürfen kurdische Fernsehsendungen bringen

Erstmals dürfen private Fernsehsender in der Türkei Sendungen in kurdischer Sprache ausstrahlen. Die Aufsichtsbehörde RTÜK (Hoher Rat für Rundfunk und Fernsehen) werde vier Sendern im Kurdengebiet entsprechende Genehmigungen erteilen, berichtete die Zeitung "Hürriyet" am 21. Februar 2006. Die ersten Sendungen könnten schon in den kommenden Wochen ausgestrahlt werden. Dem Bericht zufolge handelt es sich um zwei Sender in der Großstadt Diyarbakir, einen Sender in Batman und eine Fernsehanstalt in Agri am Berg Ararat. Allerdings werden die Sendegenehmigungen mit starken zeitlichen Einschränkungen versehen sein. So dürften wöchentlich 4 Stunden, allerdings nicht mehr als 45 Minuten am Tag kurdisches Fernsehen ausgestrahlt werden; bei Radiosendungen liegt die Obergrenze bei 6 Stunde in der Woche.

Sendungen für Kinder sind von der Maßnahme ausgeschlossen. Alle Sendungen müssen in Türkisch übersetzt werden.

(Hürriyet, Radikal und Yahoo, 21.2.06, ISKU; junge Welt, 22.2.06, Basler Zeitung, 21.2.06)

Syrisch-orthodoxen Christen Asyl gestrichen

Syrisch-orthodoxe Christen aus der Türkei haben nach einem wegweisenden Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs am 22. Februar 2006 kein Anspruch mehr auf Asyl in Deutschland. Die politische Lage in der Türkei rechtfertigt dies nicht länger, so die Urteilsbegründung.

Die politischen Verhältnisse im Südosten der Türkei hätten sich in den vergangenen Jahren derart stabilisiert, dass die Christen dort bei einer Rückkehr nicht mehr mit einer Verfolgung rechnen müssten. Das Urteil hat Auswirkung auf weitere noch anhängige Asylverfahren, die das Gericht aber nicht beziffern konnte (AZ: 6 UE 2268/04.A, 6 UE 2269/04.A).

Im Laufe der Jahrzehnte seien rund 35.000 syrisch-orthodoxe Christen aus der Türkei nach Deutschland gekommen, während ihre Zahl in der Türkei auf rund 11.500 gesunken sei, teilte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) mit. 10.000 der Christen lebten in Istanbul, 1500 seien es noch im südöstlichen Tur Abin mit den Städten Midyat und Mardin. Az.: 6 UE 2268/04.A

(hr-online, 22.2.06; FR, 23.2.06)

Yeziden Urteil

Das VG Oldenburg hat in einem bemerkenswerten Beschluss vom 28.2.2006 - Az. 5 B 1143/06 - die aufschiebende Wirkung der Klage eines yezidischen Flüchtlings gegen die verfügte Abschiebungsandrohung angeordnet. Das Gericht stützt sich dabei zur Begründung auf die europäische Qualifikations- oder Flüchtlingsrichtlinie und hält nicht nur die Feststellung eines Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 4 AufenthG (Verstoß gegen EMRK), sondern ggfs. auch die (erneute) Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft wegen veränderter Rechtslage jedenfalls nicht für ausgeschlossen. Wörtlich heißt es in dem Beschluss: „Hinsichtlich der Frage, ob für den Antragsteller ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 4 AufenthG festzustellen

sein wird, ist darauf hinzuweisen, dass hierfür jedenfalls spricht, dass derzeit eine geänderte obergerichtliche Rechtsprechung zur Gruppenverfolgung der Yeziden in der Türkei nicht vorliegt. Hinsichtlich der Frage, ob in der Türkei das religiöse Existenzminimum für Yeziden nicht gewahrt ist, wie der Antragsteller behauptet, wird darüber hinaus zu beachten sein, dass die Auslegung des Schutzes religiöser Überzeugung nach der GFK nunmehr maßgeblich durch Art. 10 Abs. 1 lit. b) der Richtlinie 2004/83/EG vom 29.04.2004 (Abl. L 304/12 v. 30.09.04) – Qualifikations- oder Flüchtlingsrichtlinie – beeinflusst wird. D.h., bei der Prüfung einer Verfolgung aus religiösen Gründen genügt nicht die Möglichkeit der Ausübung in privater Gemeinschaft, sondern hierzu gehört auch die Teilnahme an religiösen Betätigungen in der Öffentlichkeit. Allein oder in Gemeinschaft sowie die Meinungsäußerungen und Verhaltensweisen einzelner und der Gemeinschaften, soweit sich diese auf religiöse Überzeugungen beziehen (vgl. Geyer in ANAZAR 2005, S. 21 F; Marx/Schallenberg. NVwZ 2005, S. 776 f). Ob und in welchem Umfang dies in der Türkei für Yeziden möglich ist, wird im Hauptsacheverfahren zu klären sein. Dies gilt letztlich auch für die Frage, ob durch die Qualifikations- oder Flüchtlingsrichtlinie eine Änderung der Rechtslage im Sinne von § 71 AsylVfG iVm § 51 Abs. 1 VwVfG eingetreten sein könnte, die hier auch Auswirkungen auf die Frage der Feststellung eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 1 AufenthG entfalten könnte.“

Diese Argumentation dürfte nicht nur für Asyl(folge)verfahren yezidischer Flüchtlinge, sondern ggfs. auch im Rahmen von Widerrufsverfahren von Interesse sein.

600 Tote in den letzten 3 Jahren

Innenminister Abdülkadir Aksu beantwortete die Anfrage des DYP Abgeordneten Mehmet Eraslan zu bewaffneten Auseinandersetzungen in den letzten 3 Jahren. In diesem Zeitraum seien 246 Soldaten, Polizisten und Dorfschützer gefallen. Von der Organisation wurden 359 Angehörige getötet und 966 Mitglieder festgenommen. Von ihnen hätten sich 589 freiwillig gestellt. Aus dem Iran, Irak, Syrien, Griechenland, Aserbeidschan und der Ukraine wurden in den letzten drei Jahren 116 Organisationsmitglieder an die Türkei ausgeliefert worden.

(Radikal, 27.2.06)

IHD: Immer noch "systematische" Folter

In der Türkei wird nach Einschätzung des Menschenrechtsvereins IHD immer noch systematisch gefoltert. Im vergangenen Jahr seien 825 Fälle von Folter und Misshandlung gemeldet worden, teilte der Menschenrechtsverein IHD am 28. Februar 2006 mit. 2004 hatte diese Zahl bei 843 gelegen. Das zeige, dass es sich nicht um Einzelfälle handle; vielmehr würden die Sicherheitsbehörden Menschen nach der Festnahme "systematisch" foltern und misshandeln.

Folterer hätten in der Türkei nach wie vor nur selten Strafen zu befürchten, erklärten die Menschenrechtler: In 52 Verfahren wegen Folter und Misshandlung seien nur sechs Angeklagte verurteilt worden.

Das Jahr 2005 sei ein verlorenes Jahr gewesen, was die Ausweitung der Freiheitsrechte angehe, folgerte der IHD. Zum

ersten Mal seit 1999 habe es im vergangenen Jahr sogar Rückschritte auf diesem Gebiet gegeben. So hätten sich 192 Menschen wegen Meinungsäußerungen vor Gericht verantworten müssen. Auch die Gewalt gegen Frauen sei in der Türkei ungebrochen: Im vergangenen Jahr seien 39 Frauen bei so genannten "Ehrenverbrechen" ums Leben gekommen. Es sei eine der dringendsten Aufgaben des EU-Bewerberlandes Türkei, seine Menschenrechtslage zu verbessern.

Laut IHD-Bericht wurde in 1502 Fällen das Recht auf Leben verletzt. 721 Personen wurden dabei getötet, davon 496 bei Gefechten. 68 Personen wurden bei so genannten „Ehrenmorden“ getötet. Im Bereich Verletzung der Gedanken-, Ausdrucks- und Glaubensfreiheit wurden 65 Prozesse eröffnet, in denen 192 Personen angeklagt wurden, von denen 27 freigesprochen wurden. Die Prozesse gegen weitere 105 Angeklagte sind noch nicht abgeschlossen. 59 Personen wurden zu insgesamt 266 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Die meisten davon wurden in Geldstrafen umgewandelt.

(Bianet, 28.2.06; Der Standard und Özgür Gündem, 1.3.06, ISKU; Die Presse, 2.3.06)

Ex-Staatspräsident Demirel diesmal anders

Wenn im Westen vom "Staat" die Rede ist, dann ist die institutionelle Struktur der demokratischen Gesellschaftsordnung gemeint. Wenn in der Türkei vom Staat die Rede ist, hat das Wort einen anderen Klang. Der Staat, das sind die Strukturen, mit denen eine konservative Elite kemalistischer Militärs und Bürokraten den Regierungen vorgibt, wie sie zu regieren haben. Es ist, in den Worten des einstigen türkischen Präsidenten Süleyman Demirel (81), der "tiefe Staat", der seine Aufgabe darin sieht, gewisse Grundprinzipien der Politik vor zuviel Demokratie zu schützen.

Demirel möchte das Land in eine repräsentative Demokratie mit dezentraler Verwaltung verwandeln. Gegenwärtig gibt es in der Türkei zwar Wahlen, aber keine echte Repräsentation - weder quantitativ noch regional. Eine Zehn-Prozent-Hürde hindert die meisten Parteien daran, ins Parlament zu gelangen - mit dem Ergebnis, daß nur etwa 40 Prozent der Wähler im Parlament vertreten sind. Die Regierung repräsentiert nur 25 Prozent der Wähler.

Demirel fordert auch eine Fünf-Prozent-Hürde. Das ist vorerst eine realitätsferne Forderung, da dies den Einzug kurdischer Parteien ins Parlament ermöglichen würde. Ohne eine politische Repräsentation der Kurden wird es aber auch keine Lösung des Kurdenproblems geben.

Des weiteren fordert Demirel eine Reform des Wahlgesetzes, mit regionalen Wahlbezirken. Bislang wird national gewählt, regionale Repräsentation erfolgt über die nationalen Wahllisten der Parteien. Demirels Vorschlag würde zu einer stärkeren Regionalisierung der Politik und der politischen Macht führen. Und in Verbindung mit seinem dritten Vorschlag, einer Dezentralisierung der Verwaltung, wäre es mittelbar das Ende jener militärisch-bürokratischen Elite, die sich als Gralshüter des Erbes von Staatsgründer Mustafa Kemal "Atatürk" empfindet und meint, die Politik lenken zu müssen, ohne dem Volk dafür im Rahmen von Wahlen Rechenschaft schuldig zu sein. Eine Regionalisierung der Verwaltungseliten wäre die Folge, und ein größeres Maß an Selbstverwaltung für die Regionen. Viele Anliegen der Kurden nach Selbstverwaltung könnten so gelöst

werden, ohne kollektive Minderheitenrechte bemühen zu müssen.

Und schließlich fordert Demirel einen demokratisch verantwortlichen, also direkt gewählten Präsidenten. Gegenwärtig wird das Staatsoberhaupt vom Parlament gewählt, hat aber anders als andere indirekt gewählte Staatsoberhäupter reale Macht.

Jeder dieser Vorschläge wurde schon irgendwann gemacht, aber aus dem Munde Demirels stellt es einen bemerkenswerten Diskussionsanstoß dar, wie die Türkei zu einer europäischen politischen Kultur gelangen könnte.

Demirel sieht seine "Staatsreform" binnen der nächsten zehn Jahre als unabdingbar, wenn die Türkei den EU-Beitritt schaffen soll. Wohlgermerkt, kein einziger seiner Vorschläge entspricht Forderungen der EU. Den "Kopenhagener Kriterien" kann die Türkei auch in den bestehenden Strukturen genügen, mit begrenzten Reformen.

Aber, so Demirel: "Wenn sich die Türkei den globalen Gegebenheiten nicht in der nächsten Dekade anpassen kann, das heißt, wenn sie daran scheitert, ihre Standards in bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft zu verbessern, (...) wenn sie es nicht schafft, Zentralisation, Filz und Etatismus aus ihrem Verwaltungsapparat zu eliminieren, dann wird sie wieder den Zug verpassen." Demirels "wieder" bezieht sich auf die Osmanen, die nach Modernisierung trachteten, aber nie erkannten, wie radikal die erforderlichen Reformen sein mußten.

(Die Welt, 3.3.06)

DTP legt dreistufiger Lösungsvorschlag vor

Auf einer Pressekonferenz in Istanbul hat die Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) ein dreistufiges Programm für Frieden und Demokratie vorgestellt. Wie Ahmet Türk als einer der beiden Parteivorsitzenden einleitend erklärte, ist die kurdische Frage nicht erst in den letzten Jahren entstanden. Die Regierungen der Länder, in denen Kurden leben, betrachteten die kurdische Frage dennoch als reines Sicherheitsproblem, das mit Gewalt zu lösen sei. Gewalt dürfe im politischen Leben nicht als Alternative betrachtet werden, so Türk. „Gleichgültig, welche politische Identität, welchen Glauben, welche Funktion und welche Verantwortung die Menschen hatten, die in naher Vergangenheit bei gewalttätigen Vorfällen ihr Leben verloren haben, schlussendlich ist es unser Land und sind es die Menschen unseres Landes, die dabei verloren haben.“ Die PKK habe mit dem Rückzug ihrer Guerillakräfte im Jahr 1999 eine neue Phase eingeleitet, fuhr Türk fort. „In dieser Zeit, in der die bewaffneten Auseinandersetzungen und Aktionen gestoppt wurden, haben sich die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU verbessert und die Gesellschaft konnte tief Luft holen. Aber leider ist es den Regierungen, die in dieser sieben Jahre andauernden Phase an der Macht waren, nicht gelungen, für eine demokratische und gerechte Lösung der kurdischen Frage zu sorgen. Der Ministerpräsident hat in Diyarbakir die Existenz der Kurdenfrage anerkannt, aber danach hat er diese Ansicht nicht durch demokratische Programme untermauert. Im Gegenteil ist die Türkei mit den Vorfällen in Semdinli in eine neue und besorgniserregende Phase eingetreten. Es dürfte keinen Zweifel daran geben, dass es sich bei diesen Vorfällen um eine Provokation der Kreise handelt, die für eine Verleugnung der kurdischen Frage eintreten und sie als ein Sicherheitsproblem behandeln.“

Nützliche Nachrichten 2/2006

Das besagte Programm erläuterte Türk folgendermaßen: „Jede Repression gegenüber der kurdischen Sprache muss eingestellt werden. Kurdisch muss in den Gebieten, in denen Kurden leben, neben Türkisch in den Status einer offiziellen Sprache gestellt werden. Das Parteiengesetz und die Wahlhürde müssen erneuert werden. Jeder muss seine politischen Rechte wahrnehmen können. Die DTP betrachtet eine politische Generalamnestie als unablässig für die Entwicklung von sozialem Frieden und Demokratie. Außerdem muss sich die Gesellschaft der Türkei ihrer Vergangenheit stellen. Um das gesellschaftliche Gewissen zu erleichtern, muss eine Diskussion über die Einrichtung einer Kommission zur Wahrheitsfindung über Ereignisse aus der Vergangenheit beginnen, wie es sie in vielen Ländern gibt, in denen interne Konflikte stattgefunden haben. In gleicher Form erwarten wir von der PKK, dass sie ihren Beschluss vom August letzten Jahres, keine bewaffneten Aktionen auszuführen, fortsetzt und diesem Beschluss verbunden bleibt. Das ist die erste Stufe für Frieden und eine dauerhafte Lösung.“

Für die Umsetzung des Programms müssten neben der Regierung auch die Intellektuellen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Türkei Verantwortung übernehmen, so Türk. „Was wir mehr denn je brauchen, ist demokratischer Mut und zivile Initiative, Dialog und Empathie sowie gesunden Menschenverstand. Für die Einheit der Bevölkerung der Türkei und eine helle Zukunft müssen wir hierbei einfach Erfolg haben.“

(Yeni Özgür Politika, DIHA und ISKU, 6.3.06)

Türkischer Polizeigeheimdienst schlägt Gespräche mit PKK vor

Zum ersten Mal hat ein hoher Vertreter der türkischen Sicherheitskräfte die Möglichkeit von Verhandlungen mit der PKK ins Gespräch gebracht. Vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss verwies der Chef der Geheimdienstabteilung in der zentralen Polizeibehörde, Sabri Uzun, auf die Gespräche zwischen britischen Geheimdiensten und Abgeordneten mit der irischen Untergrundorganisation IRA, wie die Zeitung "Milliyet" am 9. März 2006 berichtete. Dabei sei zunächst ein Waffenstillstand und dann eine Entwaffnung der IRA erreicht worden, sagte Uzun vor den Abgeordneten. Voraussetzung für eine ähnliche Entwicklung in der Türkei sei der politische Wille des türkischen Parlaments.

Die PKK verlangt seit längerem, die Türkei solle sie als Gesprächspartnerin akzeptieren. Bisher lehnt der türkische Staat dies aber mit dem Argument ab, mit einer Terrororganisation werde nicht verhandelt.

Der Polizei-Geheimdienstler Uzun äußerte sich vor einem Parlamentsausschuss, der einen Bombenanschlag vom vergangenen November aufklären soll. Der Anschlag wurde nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft von türkischen Soldaten verübt.

(AFP, 9.3.06)

GfbV: UNESCO soll die kurdische Sprache in Syrien anerkennen

Anlässlich des zweiten Jahrestages der blutigen Niederschlagung spontaner Demonstrationen kurdischer Zivilisten in Syrien (12. März 2004) hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am 10. März 2006 an die UNESCO

appelliert, die kurdische Sprache in Syrien anzuerkennen. "Dies wäre ein wichtiges Zeichen für die Durchsetzung der kulturellen Rechte dieser bis heute unterdrückten Volksgruppe", sagte der Generalsekretär der GfbV, Tilman Zülch, "das Verbot ihrer Sprache und die Unterdrückung ihrer Kultur gehören zu den Methoden, mit denen das syrische Regime versucht, die Identität der Kurden als ethnische Minderheit zu brechen. Kurdische Zeitungen und Zeitschriften sind verboten, Kulturschaffende und Journalisten wurden inhaftiert. Im Rahmen der Arabisierungspolitik wurden kurdische Orts- und Flurnamen durch arabische Namen ersetzt."

Die GfbV unterstützt mit ihrem Appell eine Kampagne von Kurden aus Syrien zur Anerkennung ihrer Sprache durch die UNESCO. Sie wollen erreichen, dass das Verbot aufgehoben wird, die kurdische Sprache zu sprechen, zu unterrichten und auf Kurdisch zu publizieren.

Recherchen der GfbV zufolge sind noch immer rund 200 Kurden aus politischen Gründen in syrischen Gefängnissen inhaftiert. Dort sind sie systematischer Folter ausgeliefert. 200.000 der insgesamt etwa 2,2 Millionen Kurden in Syrien wird die Staatsbürgerschaft vorenthalten. Die Kurden stellen rund zwölf Prozent der etwa 18,4 Millionen Einwohner Syriens.

(PM, 10.3.06, Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de)

Auswertung der Kurdenkonferenz aus der Sicht von M. Ali Birand

„In dieser Woche ist zwei zivilgesellschaftlichen Organisationen gelungen, was der Staat nicht erreicht hat: An der Bilgi-Universität [in Istanbul] wurde mit der Beteiligung von knapp 300 Personen über den Punkt diskutiert, an dem die kurdische Frage angelangt ist.

Gewöhnung an die Diskussion der kurdischen Frage

[...] Ich hatte eine schwache Beteiligung erwartet, und Teilnehmer, die sich angstvoll umschauen und leere Parolen herunterleiern, um am Ausgang nicht verhaftet zu werden. Aber das genaue Gegenteil ist eingetreten. Es waren viele Menschen da, die Redner sprachen sehr offen, das Interesse der Medien war groß und die wichtigsten Namen in der kurdischen Frage waren zusammen gekommen.

Da war der ehemalige Abgeordnete und Minister Serafettin Elci, der in den siebziger Jahren einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hatte, weil er von seinen kurdischen Wurzeln gesprochen und in der Parlamentskantine mit einem aus Diyarbakir kommenden Wähler, der kein türkisch konnte, kurdisch geredet hatte... und der Wissenschaftler Ismail Besikci, der –obwohl er keine kurdischen Wurzeln hat – zum Kurdentum forschte, gegen den 52 Prozesse eingeleitet wurden und der jahrelang im Gefängnis verbrachte, weil er der offiziellen Ideologie widersprach... Es waren neue und alte Gesichter da, Wissenschaftler, Intellektuelle, DTP-Vertreter, Öcalan Nahestehende... Alle waren da.

Was eigentlich der Staat hätte tun müssen, haben die Helsinki Citizens' Assembly und die Empathiegruppe verwirklicht. Sie haben alle zusammen gebracht. Die Bilgi-Universität hat ihre Besonderheit bewiesen, indem sie die Gastgeberrolle für diese Konferenz übernahm.

Die Teilnehmer der Konferenz sprachen nicht „wie aus einem Mund“. Es wurden verschiedene Meinungen und Ansichten vorgebracht. Und es kam weder zwischen Türken und Kurden, noch zwischen den Kurden zu einem Streit. Nicht einmal die

Protestgruppen, die jede Versammlung, auf der armenische, europäische oder kurdische Themen diskutiert werden, als Reklameveranstaltung nutzen, erschienen auf der Bildfläche.

„Niemand will, dass die PKK die Waffen niederlegt“

Über zwei Tage hinweg hatte ich die Gelegenheit, mit Politikern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, der DTP, Öcalan Nahestehenden, mit PKK-Anhängern und PKK-Gegnern zu sprechen. Ohne sich in die Region zu begeben, war der Puls der Region an der Bilgi-Universität spürbar. Ich sprach mit vielen Menschen. Diejenigen, die ich interessant fand, und ihre Ansichten kann ich folgendermaßen zusammenfassen:

Zur Situation der PKK

Obwohl sie ihre alte bewaffnete Stärke verloren hat, so heißt es, beherrscht sie immer noch die Lage in der Region und kontrolliert alle Entwicklungen. Mehr als die der offiziellen Regierungsvertreter und der Sicherheitskräfte gilt das Wort der PKK, so wurde betont.

Viele Stimmen meinten, dass der Einfluss von kurdischen Gruppen, die in Gegnerschaft zur PKK stehen und Strömungen außerhalb der PKK (wie Barzani) gestiegen sei.

Die Mehrheit vertrat die Ansicht, dass sich das Prestige der PKK mit den Vorfällen von Semdinli verbessert hat und der Geldzufluss sowie die Anzahl der Anschlüsse an die Guerilla größer geworden ist.

Über Öcalan wird diskutiert

Früher galt Abdullah Öcalan als unumstrittener Führer. Mir ist aufgefallen, dass über Öcalan zunehmend mehr diskutiert wird. Einige vertreten die Ansicht, dass er enge Verbindungen zum türkischen Staat unterhält und türkische Thesen vertritt.

Trotzdem ist Öcalan immer noch ein Name, der die Allgemeinheit in Bewegung versetzen kann.

Der Krieg wird angestachelt

Der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk fasste in einer Unterhaltung die allgemeine Überzeugung in der Region folgendermaßen zusammen: „Niemand will, dass die PKK die Waffen niederlegt. Es wird versucht, eine neue Ordnung im Mittleren Osten zu schaffen. Bis diese Ordnung sich gefestigt hat, versuchen alle, die PKK im Rennen zu halten - der türkische Staat, Nordirak und andere Kräfte. Der heutige Zustand soll sich nicht ändern. Deshalb wird zwar weiter gegen die Organisation vorgegangen aber es werden keine Schritte unternommen, um den Konflikt zu entschärfen...“ Das war eine sehr interessante Feststellung, die von einem Großteil der Teilnehmenden anerkannt wurde.

Die Gesellschaft zeigt Reaktion

Die aus dem Südosten kommenden Nachrichten hatten immer einen gemeinsamen Punkt: Politische Führer machen große Versprechungen, die sie nicht einhalten. Damit steigt die Enttäuschung.

Die Erwartungen wurden folgendermaßen zusammengefasst:

- Kurdische Identität muss anerkannt und verfassungsrechtlich geschützt werden
- Kurdische Erziehung muss erlaubt werden
- Die Möglichkeiten kurdischsprachiger Sendungen müssen erweitert werden
- Es muss die Möglichkeit geschaffen werden, mit kurdischer Identität ins Parlament einzuziehen
- Die Dorfückkehr muss gewährleistet und das Dorfschützersystem aufgehoben werden
- Eine Generalamnestie muss erlassen werden.

Barzani oder Apo?

In den achtziger und neunziger Jahren wurde Öcalan als Führer der gesamten kurdischen Gesellschaft in der Region bezeichnet. Das Zweigespann Talabani-Barzani stand immer im Schatten. Seit der Besetzung des Irak sieht es so aus, als hätte sich die Sitzordnung geändert. Es hat den Anschein, dass die Ergreifung Öcalans im Jahr 1999 und seine Haft auf Imrali sowie – noch wichtiger – die von Barzani verfolgte Politik einen großen Einfluss auf die im Südosten lebenden kurdischstämmigen türkischen Staatsbürger ausgeübt haben. Wenn auch Öcalan in der letzten Instanz immer noch den Vorzug genießt, steigt das Prestige Barzanis unübersehbar an.

Barzani gilt immer mehr als ein Führer, der den Eintritt der türkischen Streitkräfte in den Irak aufhalten kann. [...]

Nevruz als Gradmesser

Wenn man die Angelegenheit praktisch betrachtet, wird Nevruz, das nächsten Dienstag gefeiert wird, die Dimension und Stärke der kurdischen Bewegung zeigen. Die Vorbereitungen sind getroffen. Es wird auf zivilen Ungehorsam gesetzt. Natürlich ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass es zu Provokationen bestimmter Gruppen kommt.

Das ist es, was ich Ihnen von dieser Versammlung mitteilen kann., (M. Ali Birand in Posta und Hürriyet, 14.05.2006, ISKU)

Bürgermeister von Hakkari angeklagt

Nach den Vorfällen in Semdinli (NN 1/2006) hat das türkische Parlament einen Ausschuss beauftragt, um die Vorfälle in dieser kleinen Stadt am Grenzdreieck Türkei-Irak-Iran zu untersuchen. Zu den Verhörten gehörte auch der Bürgermeister von Hakkari, Metin Tekce. Er legte auch ein Dossier dem Ausschuss vor und stellte darin die Bombenanschläge in dem von der Armee belagerten Semdinli dar. Auf Fragen sagte Tekce, dass die PKK keine Terrororganisation und er Kurde sei. „Ich bin kein Türke und ich bin nicht stolz ein Türke zu sein. Denn ich bin ein Kurde und Bürger der Türkei.“

Daraufhin leitete der Innenminister eine Untersuchung gegen Tekce ein. Die Staatsanwaltschaft in Ankara nahm öffentlich die Arbeit auf, eine Anklageschrift gegen den kurdischen Bürgermeister von Hakkari vorzubereiten. Tekce ist die erste öffentliche Person, die offen sagt, dass die PKK keine Terrororganisation sei. Er fügte hinzu: „Wenn bei der Suche nach einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage gewünscht wird, zu sterben, so bin ich bereit zu sterben.“

Gegenüber Hürriyet erklärte Tekce, dass er von über 30 anonymen Personen telefonisch bedroht wurde.

(Hürriyet, 16. und 17.3.06)

Haftstrafe für Eren Keskin

Die Vorsitzende des Menschenrechtsvereins (IHD) in Istanbul, Rechtsanwältin Eren Keskin, ist aufgrund „einer Beleidigung der ideellen Persönlichkeit der türkischen Streitkräfte“ in einem Redebeitrag auf einer Veranstaltung in Köln im Jahr 2002 zu zehn Monaten Haftstrafe verurteilt worden. Die Haftstrafe wurde in eine Geldstrafe umgewandelt.

Laut Presserat der Türkei laufen derzeit etwa 70 Verfahren wegen „Meinungsdelikten“. Unter den Angeklagten befinden sich der armenische Publizist, Hrant Dink und die prominenten Journalisten Ismet Berkan, Murat Belge, Haluk Sahin, Hasan

Cemal, Ragip Zarakolu, Erol Katircioglu, Serkis Seropyan, Arat Dink usw. Wie Hrant Dink, Verleger Fatih Tas, Autor Zülküf Kisanak, Emin Karaca und Erkan Akay wurden Dutzende in den vergangenen Monaten zu Haft- und Geldstrafen verurteilt.

Nach Ansicht des türkischen Außenministers Abdullah Gül sei in seinem Land die Meinungsfreiheit voll gewährleistet. Kein Intellektueller oder Politiker sitze deswegen im Gefängnis. Anscheinend hat Gül, der für Außen zuständig ist, keine Ahnung, was im Inneren vor sich geht!

In dem am 9. November 2005 veröffentlichten Fortschrittsbericht der EU ist folgendes zu lesen: „Das Justizwesen wurde durch verschiedene Strukturreformen weiter gestärkt. Als wichtiger Fortschritt ist zu begrüßen, dass am 1. Juni 2005 das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung, das Gesetz über die Vollstreckung von Urteilen und das Gesetz über die Einrichtung regionaler Berufungsgerichte in Kraft getreten sind. (...) Im Großen und Ganzen übernimmt das Gesetzbuch moderne europäische Standards nach dem Vorbild des Strafrechts zahlreicher europäischer Länder.“

(Der Standard, 10.3.06; Radikal, 16.3.06, ISKU)

Beitrittalternativen für die Türkei

Für eine Beitrittsoption für die Balkan-Staaten und andere europäische Länder plädiert der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europaparlament, Elmar Brok. Der deutsche CDU-Europa-Abgeordnete sprach sich am 21. Februar dafür aus, diesen Staaten "etwas Neues zwischen der Nachbarschaftspolitik und der Vollmitgliedschaft anzubieten". Dies könne etwa ein "Europäischer Wirtschaftsraum plus" sein, bei dem die beteiligten Staaten konkrete Vorteile aus der Annäherung an die EU ziehen könnten, sagte Brok.

Brok sieht diese Beitrittsoption auch als Angebot für die Türkei, sollten die Beitrittsverhandlungen scheitern, sowie für Länder wie Georgien und Weißrussland. In einem Entwurf der EVP sei von europäischen "Staaten, die in absehbarer Zeit nicht (beitreten) wollen oder können", die Rede. Ein späterer EU-Beitritt sollte durch diese Option nicht ausgeschlossen werden.

(Der Standard, 21.2. und 10.3.06, Der Kurier, 7.3.06; Deutsche Welle, 8.3.06; Ober-Österreich Nachrichten, 9.3.06)

Ilisu-Staudamm: Altes Wasser in neuen Schläuchen

Anlässlich des weltweiten Aktionstags gegen Staudämme am 14.3. und Weltwasserforums am 16.3. 2006 stellt die WEED neue Studien über den umstrittenen Ilisu-Staudamm in der Türkei vor und fordert deutsche Unternehmen und die Bundesregierung auf, sich endgültig aus dem Projekt zurückzuziehen.

„Der Ilisu-Staudamm ist nach wie vor das Paradebeispiel einer verfehlten Wasserpolitik“, fasst WEED-Aktivistin Heike Drillisch zusammen. „Statt die Entwicklung einer Region zu fördern, bringt er ökologische Zerstörung und die Verarmung Zehntausender. Damit zeigt er exemplarisch, warum in aller Welt diese Woche Betroffene gegen die Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen durch den Bau von Großstaudämmen protestieren.“

Das Ilisu-Projekt ist der größte und skandalträchtigste Staudammbau, in den Deutschland derzeit involviert ist. Deutsche Unternehmen haben Lieferverträge für den Dammbau

abgeschlossen, die Bundesregierung soll dafür Hermesbürgschaften bereitstellen. Die neuen Studien von WEED analysieren nun detailliert die Umweltverträglichkeitsprüfung und den Umsiedlungsplan, die das Betreiberkonsortium für den Ilisu-Staudamm Ende 2005 veröffentlicht hatte. „Die Dokumente liefern nur altes Wasser in neuen Schläuchen“, kommentiert Drillisch. „Unsere Analyse der Projektunterlagen zeigt, dass die Betreiber aus früheren Fehlern nichts gelernt haben. Internationale Standards werden immer noch weit verfehlt.“

Weitere Informationen sind erhältlich unter www.weed-online.org/ilisu, heike.drillisch@weed-online.org.

Kurdische Nationalmannschaft bei alternativer Weltmeisterschaft

An der auf Nordzypern stattfindenden alternativen Fußball-Weltmeisterschaft für Länder, die keine offiziellen Staaten darstellen, wird sich neben sieben weiteren Ländern auch Irakisch Kurdistan beteiligen. Die alternative „Viva“-Weltmeisterschaft wird im November stattfinden. Neben Kurdistan werden Kosovo, Nordzypern, Tschetschenien, Tibet, Westsahara, Somaliland sowie ein Team der Roma mitspielen.

(Özgür Gündem, 13.3.06, ISKU)

NEUERSCHEINUNG

Monitoring-Projekt "Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention"

Nach einjährigen Vorarbeiten hat die "Kooperation für den Frieden", eine der Dachorganisation der Friedensbewegung, ihr Monitoring-Projekt gestartet. Es wird in den nächsten Tagen sein erstes Dossier zum Atomkonflikt mit dem Iran veröffentlichen.

Ziel des Projektes ist es, an Hand konkreter krisenhafter eskalationsträchtiger Situationen im Einflussbereich von BRD und EU zu mahnen, rechtzeitig mit zivilen Mitteln zur Deeskalation und - wo möglich - zur Lösung von Konflikten beizutragen. Neben der Situationsanalyse sollen deshalb Vorschläge für Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention unterbreitet und auf gelungene Bemühungen dieser Art hingewiesen werden.

Angesichts der riesigen Zerstörungspotentiale des Militärs, der verheerenden sozialen, psychischen und materiellen Schäden, des Leidens der Menschen durch Kriege und der bereits eine Billion Dollar im Jahr überschreitenden Rüstungs- und Militärkosten in der Welt sind Konfliktbearbeitung und Kriegsprävention mit zivilen Mitteln die Alternative mit Zukunftsperspektive zur Lösung von Konflikten. Dies gilt, was uns primär wichtig ist, in humanitärer, sozialer und menschenrechtlicher Hinsicht, aber eben auch in Bezug auf die Kosteneffizienz der Bewältigung von Konflikten.

In Zusammenarbeit mit Engagierten aus Friedensforschung und -bewegung wird die ‚Kooperation für den Frieden‘ Dossiers zu einzelnen Konflikten oder drohenden gewaltsamen Auseinandersetzungen herausgeben und Vorschläge zu ihrer zivilen Bewältigung vorlegen. Bereits in der kommenden Woche wird das erste Dossier über den Iran publiziert werden. Dem folgt ein Dossier zum türkisch-kurdischen Konflikt.

Kontakt und nähere Informationen: Prof. Dr. Andreas Buro, Tel: 06086-3087, andreas.buro@gmx.de oder Kooperation für den Frieden, Fax: 0228-692906, friekoop@bonn.comlink.org www.koop-frieden.de, www.friedenskooperative.de.

amnesty: Prozesse in der Türkei sind nicht rechtsstaatlich

Um die Rechtsstaatlichkeit von politischen Verfahren in der Türkei steht es auch nach den Reformen der letzten Jahre schlecht. Unter Folter erpresste Geständnisse werden weiterhin vor türkischen Gerichten als Beweis zugelassen und tragen entscheidend zur Urteilsfindung bei. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die amnesty international, die Stiftung Pro Asyl und die Holtfort-Stiftung in Auftrag gegeben haben.

Damit widersprechen die Organisationen der bei deutschen Behörden und Gerichten vorherrschenden Meinung. Das Auswärtige Amt und deutsche Verwaltungsgerichte bescheinigen der Türkei umfassende rechtsstaatliche Reformen. Dies führt dazu, dass gefährdete Flüchtlinge aus der Türkei in Deutschland keinen Schutz erhalten: Einige verlieren ihre Anerkennung als Asylberechtigte, andere werden in Strafverfahren an die Türkei ausgeliefert, wo ihnen ein unfaires Strafverfahren droht.

In den untersuchten Fällen haben weder die Staatsanwaltschaft noch die Richter den Vorwurf der Folter angezeigt, obwohl sie dazu als Staatsbeamte verpflichtet gewesen wären. Gerichte nehmen in der Regel Folttervorwürfe nicht ernst, sondern werten sie als den Versuch der Angeklagten, ihrer Bestrafung zu entgehen. Die Studie untersucht insgesamt 18 Fälle. Nach türkischem Recht dürfen Aussagen, die unerlaubt herbeigeführt wurden, vor Gericht nicht verwendet werden. Die Türkei ist zudem Vertragsstaat der UN-Antifolterkonvention, die die Verwendung erfolfterter Aussagen gleichfalls verbietet.

Der Gutachter Helmut Oberdiek hatte Zugang zu Gerichtsakten, führte ausführliche Gespräch mit Rechtsanwälten Betroffener und beobachtete einige Prozesse vor Ort.

Das Gutachten ist über die ai-Pressestelle erhältlich. Tel. 030 – 42 02 48-306, presse@amnesty.de

Vorankündigungen

Zwischen den Welten

Der Film porträtiert die Kurdin Güli Dogan und zeigt an ihrem couragierten Beispiel, dass selbst bei einer geglückten Integration im neuen heimatland Momente von unerfüllten Sehnsüchten und Tränen durchlebt werden müssen.

Ein Film von Yusuf Yesilöz. Zu sehen bei SF1, am 9.4.06, um 10.00 Uhr und 3Sat, am 17.5.06, um 20.15 Uhr.

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; <http://www.nadir.org>

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS),

kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de